Anlage 1: Informationsdrucksache Umsetzungsstrategie „Perspektiven für Kinder in Armut“

0. Fortführung des Hannoverschen Wegs für Perspektiven von Kindern in Armut
1. Umsetzungsstrategie 1: Kinder mit Migrationshintergrund früher erreichen
2. Umsetzungsstrategie 2: Mittagstische systematisch in Ganztagsschulprogramm einbinden
3. Umsetzungsstrategie 3: Mittagstische und Kommunalen Sozialdienst systematischer miteinander verzahnen
4. Umsetzungsstrategie 4: Angebotsstruktur der Elternbildung weiter entwickeln
5. Umsetzungsstrategie 5: Überschuldung Jugendlicher und junger Erwachsener vermeiden
6. Ausblick

0. Fortführung des Hannoverschen Wegs für Perspektiven von Kindern in Armut

Anlass:

Die Stadt Hannover hat mit dem „Hannoverschen Weg“ für Perspektiven von Kindern in Armut (Informationsdrucksache 0771/2010 und 698/2010) ein Konzept entwickelt, das prioritäre Zielgruppen identifiziert, Angebote und Chancen in elf Handlungsfeldern skizziert, Schlüsselmaßnahmen, -institutionen, -räume und –personen benennt und Partner einbezieht. Wenn wir den Hannoverschen Weg als Prozess betrachten, dann endet er weder im Anschluss dieser umfassenden Bestandsaufnahme noch nach der Entwicklung handlungsleitender Prinzipien, sondern dann muss immer wieder aufs Neue gefragt werden: Erreichen wir die „Richtigen“? Erreichen wir sie früh genug? Erreichen wir sie mit den richtigen Maßnahmen? Aus diesem Grund sind über die Bestandsaufnahme hinaus mittlerweile Ansätze erwachsen, die das bestehende Maßnahmenbündel sinnvoll ergänzen, weil sie beispielsweise darauf abzielen, auch solche Kinder zu erreichen, die bisher nicht ausreichend oder nicht früh genug erreicht wurden

Ziel:

Der „Hannoversche Weg“ umreißt sowohl die bereits in Hannover zurückgelegte Wegstrecke, versteht sich aber auch als Appell an die Stadtgesellschaft, den Weg weiter zu entwickeln und kontinuierlich weiter zu gehen. Die Stadt Hannover sieht sich hierbei in einer Moderations- und Motorfunktion. Die Stadtverwaltung übernimmt darüber hinaus dort Verantwortung, wo sie in der Weiterentwicklung des Hannoverschen Wegs Handlungsspielräume sieht.

Bisherige Entwicklungen und Maßnahmen:

Der Hannoversche Weg wurde sowohl von der (Fach-) Öffentlichkeit Hannovers als auch überregional[1] viel beachtet. Die handlungsleitenden Prinzipien wurden mit den politischen Gremien und Fachleuten breit kommuniziert und wurden zum Teil von bestehenden Netzwerken in den Stadtteilen und von den politischen Fraktionen aufgegriffen und weiter entwickelt. Eine Reihe von Privatpersonen, Unternehmen und eine Kirchengemeinde haben für den „Hannoverschen Weg“ Sach- und Geldleistungen gespendet.

Die hier vorliegende Informationsdrucksache ist eine Konsequenz aus erkannten und formulierten Handlungsbedarfen und eine systematische Fortführung des Hannoverschen Wegs. Es werden hierin insgesamt **fünf Schlüsselthemen** aus **vier Handlungsfeldern** zur Entwicklung von Perspektiven für Kinder, Jugendliche und ihre Familien in Armut aufgegriffen und dafür jeweils ein Ziel und eine Umsetzungsstrategie skizziert.

[1] Mardorf, S., Sauermann, E., Walter, T. (2010): You can go your own way. Überlegungen über lokale Strategien gegen Kinderarmut. In: Hammer, V., Lutz, R. (Hrsg.) (2010): Wege aus der Kinderarmut. Weinheim, S. 205 - 219

Walter, T., Sauermann, E., Mardorf, S. (2010): Perspektiven für Kinder in Armut – der „Hannoversche Weg“. In: Niedersächsische Städtetag-Nachrichten (NST-N), H.5, 2010, S. 109 - 112

Umsetzungsstrategie 1: Migrantenkinder früher erreichen

1.1. Problemaufriss

Für Kleinkinder unter 3 Jahren ist das Betreuungsangebot in Hannover rein quantitativ (noch) unzureichend, auch wenn die Betreuungsquote sowohl niedersachsenweit, als auch im Großstadtvergleich überdurchschnittlich ist. Bis 2013 sollen in Hannover für 40 % aller unter 3-Jährigen eine Betreuungsmöglichkeit geboten werden, darüber werden aber nicht automatisch die prioritären Zielgruppen (vgl. DS 0771/2010) erreicht, sondern zunächst einmal diejenigen Kleinkinder, deren Eltern eine Krippenbetreuung bzw. Tagespflegebetreuung nachfragen. Hierbei handelt es sich erfahrungsgemäß seltener um Eltern prioritärer Zielgruppen, sondern überwiegend um Eltern mit einem Erwerbsarbeitsplatz, in Ausbildung befindliche Eltern oder erwerbssuchende Eltern.

Rund 2.300 Kinder unter 3 Jahren besuchen zurzeit eine Krippeneinrichtung. Davon haben gut ein Viertel der Kinder einen Migrationshintergrund. Damit ist diese von Kinderarmut am stärksten betroffene Gruppe in den Krippen mir 27 % unterrepräsentiert. Der Anteil der Migrantenkinder unter 3 Jahren in der Bevölkerung beträgt 43 %.

Bis zur Einführung des Rechtsanspruches 2013 auf einen Betreuungsplatz für Ein- und Zweijährige haben Eltern bereits jetzt unter bestimmten Bedingungen (nach SGB VIII, § 24, 24a zum Beispiel wenn sie erwerbstätig oder arbeitssuchend sind oder sich in einer schulischen oder beruflichen Bildungsmaßnahme befinden) einen besondern Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Offensichtlich erfüllen viele der angesprochenen Familien mit Migrationshintergrund diese Vorraussetzungen nicht. Ab 2013 ist dies durch die Einführung des Rechtsanspruches allerdings nicht mehr relevant.

1.2. Sachstand

Prioritäre Zielgruppen sollen mindestens entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil, besser noch „vorrangig“ erreicht werden. Bezogen auf die Krippenbetreuung heißt das, dass sich der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund künftig deutlich erhöhen müsste. Es stellt sich die Frage, ob und wie dies strategisch erreicht werden könnte. Die Motive der Familien mit Migrationshintergrund, die sich gegen eine institutionelle Kinderbetreuung entscheiden, sind nicht immer bekannt. Beweggründe können von Fall zu Fall variieren und hängen sehr vom jeweiligen kulturellen Hintergrund ab. Die folgenden verallgemeinernden Hypothesen sollen daher z.B. in Expertengespräche überprüft und ggf. verworfen oder ergänzt werden.

Mögliche Betreuungshemmnisse von Eltern mit Migrationshintergrund – **Hypothesen**:

- Geringere Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Migrationshintergrund,
- aktueller Mangel an Krippenplätzen: Migranteneltern scheuen - wenn nicht in Zusammenhang mit Erwerbstätigkeit - den „Kampf“ um einen Platz,
- Kinderbetreuung kann aufgrund der Familienstrukturen häufiger informell organisiert werden,
- Migranteneltern schicken ihre Kinder zur Vorbereitung auf die Schule in die Kindertagesstätten; dieser Bedarf wird bei Kindern unter 3 Jahren seltener gesehen,
- Rund 41 % der institutionellen Plätze U 3 sind in Elterninitiativen. Migranteneltern wissen weniger über selbst organisierte Betreuungsformen oder sind seltener zur geforderten Mitarbeit in Elterninitiativen bereit,
- Eltern mit Migrationshintergrund befürchten, dass die Erstsprache nicht ausreichend erlernt oder verlernt werden könnte,
- MigrantInnen scheuen die Betreuungsphilosophie, das vorherrschende Elternmilieu oder fürchten hohe Betreuungskosten und/oder Diskriminierung.

1.3. Ziel

Ziel ist die Überprüfung der Hypothesen, warum Kinder mit Migrationshintergrund unterdurchschnittlich erreicht werden. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse gilt es, Betreuungshemmnisse sukzessive abzubauen, damit Eltern mit Migrationshintergrund zielgenau angesprochen werden können und um alle weiteren Maßnahmen daraufhin anzupassen. Letztendliches strategisches Ziel ist es, die Teilhabechancen der Kinder dadurch zu erhöhen, dass sie frühzeitiger durch Angebote der Bildung, Betreuung und Erziehung erreicht werden.

1.4. Wege der Zielerreichung

ExpertInnenforum / ExpertInneninterviews

Zur Überprüfung der Hypothesen, warum Kinder mit Migrationshintergrund unterdurchschnittlich erreicht werden, wird der Bereich Kindertagesstätten und Heimverbund (51.4) die Expertise von Fachleuten aus Verwaltung, der Politik, der Fachpraxis, von Migrantenorgaisationen sowie der Wissenschaft einholen. Hierzu wird der Fachbereich 51. im Laufe des Jahres 2010 einen Fachtag durchführen und Expertinnen und Experten aus er Stadtgesellschaft und von außerhalb einladen.

Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen

Unabhängig von den Ergebnissen des ExpertInnenforums wird der quantitative Krippenausbau wie angekündigt vorangetrieben. Allerdings ist zu erwarten, dass selbst wenn der Ausbau auf eine 40 %-Betreuungsquote für drei Jahrgänge erfolgt ist und alle prioritären Zielgruppen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil erreicht werden sollten, der größere Teil der (armen) Kinder unter drei Jahren zuhause betreut werden wird. Es ist zu befürchten – vor allem vor dem Hintergrund der möglichen Einführung eines Betreuungsgeldes – dass hierunter der Anteil von Kindern aus Armutsfamilien und Migrantenkindern hoch sein wird. Um auch diese Kinder frühzeitig zu erreichen, gilt es alternative Bildungs- und Betreuungsformen auszuschöpfen und strategisch zu nutzen.

Alternative- bzw. ergänzende Bildungs- und Betreuungsformen

Hierzu zählen zum Beispiel die programmatischen Ansätze von Griffbereit, Hippy und FuN, die als Instrument zielgruppenspezifischer Ansprache zunehmend an Bedeutung gewinnen. Diese Programme sind in Hannover erprobt und bewährt, weil hierüber nicht nur die frühkindliche und sprachliche Bildung von Kleinkindern gefördert wird, sondern auch den Eltern – insbesondere den MigrantInnen– ein niedrigschwelliger Ort der Begegnung geboten wird (vergleich Exkurs im Kastenteil). Alle aufgeführten Programme werden gut angenommen und sind auf die angesprochene Zielgruppe zugeschnitten.

Priorität hat zurzeit, neben dem bereits laufenden Ausbau der formalen und institutionellen Kinderbetreuung, darum weiterhin die Umsetzung weiterer alternativer- bzw. ergänzender Bildungs- und Betreuungsformen im Rahmen gegebener Finanzierungsmöglichkeiten. Aus den bisherigen Erfahrungen lässt sich schließen, dass der weitere Ausbau von Griffbereitgruppen, die sich explizit an unter 3-Jährige richten, in ausgewählten Stadtteilen / Quartieren sinnvoll ist.

Öffentlichkeitsarbeit und zielgruppenspezifische Ansprache

Im hannoverschen Weg wird ausgeführt, dass Familien in Armut über „Schriftliches“ kaum bis gar nicht erreicht werden, sondern Schlüsselpersonen die Ansprache der Wahl sind. Eine „Aufklärungskampagne“ sollte darum vorzugsweise auf persönliche und direkte Ansprache setzen und könnte beispielsweise folgende Schlüsselpersonen und Schlüsselinstitutionen einbeziehen:

- KinderärztInnen, ErzieherInnen, Kita- und Grundschulleitungen (für Geschwisterkinder), Hebammen, , Bildungs- und IntegrationslotsInnen sowie insbesondere Rucksackmütter bzw. ElternbegleiterInnen als AdressatInnen der Kampagne und Schlüsselpersonen
- Hippy, Griffbereit oder FuN sind und bleiben weiterhin Schlüsselmaßnahmen

- Migrantenorganisationen und Moscheen werden direkt und persönlich angesprochen

„Werbematerial“ soll ggf. MultiplikatorInnen und Schlüsselpersonen unterstützen, die direkten Zugang zur Zielgruppe haben. Eltern sollen motiviert werden ihre Kinder einer institutionellen Betreuung anzuvertrauen. Die Intensität der Öffentlichkeitsarbeit muss dabei an die jeweiligen Krippen-Ausbaustufen angepasst werden.

1.5. Indikatoren für Zielerreichung

Zur Überprüfung, ob wir dem Ziel: „Migrantenkinder früher erreichen“ näher gekommen sind, werden mittel- bis langfristig folgende Kriterien der Zielerreichung herangezogen:

- Erhöhung des Anteils von Migrantenkindern in den Krippen (vgl. Bildungsmonitoring).
- Implementierung von weiteren zugehenden Bildungsangeboten für Eltern mit Kindern unter 3 Jahren
- Sukzessive Erhöhung der Anzahl von teilnehmenden MigrantInnen und ihren Kindern an alternativen Bildungsangeboten.

Exkurs: Griffbereit, FuN, Hippy

Griffbereit ist ein Programm, das auf die Förderung der allgemeinen kindlichen Entwicklung und auf die Förderung der Mehrsprachigkeit im Alter von ein bis vier Jahren abzielt. ElternbegleiterInnen lernen verschiedene Methoden, die sie wiederum den Müttern aus den Griffbereitgruppen nahe bringen. Entsprechende Methoden sollen die Kommunikation zwischen Müttern und Kleinkindern fördern. Sie sollen angeregt werden, diese Methoden (Spiele, Lieder, u.v.a.m.) regelmäßig anzuwenden. Das Programm bietet eine stärkere Öffnung in den Stadtteil und ermöglicht ein besseres gegenseitiges Verstehen. Die Familiensprache wird im familiären Kontext gestärkt und gefördert, während in den Griffbereitgruppen die deutsche Sprache gefördert wird, Bewegung und Sprache werden unterstützt.

Zielgruppen von Griffbereit:
- Kinder mit Migrationshintergrund im Alter von ein bis vier Jahren und deren Mütter
- PädagogInnen aus den jeweiligen beteiligten Kitas / Krippen
- Mütter mit Migrationshintergrund, die zur Elternbegleiterin qualifiziert werden

Ziele von Griffbereit:
- Unterstützung und Qualifizierung der Eltern zur Förderung des Spracherwerbs ihrer Kinder
- Verbesserung der Bildungs- und Startchancen von Kindern und Jugendlichen
- Mehrsprachigkeit als identitätsstärkende Kompetenz
- Erziehungspartnerschaften mit den Eltern und Befähigung der Mütter auf Augenhöhe
- Mütter lernen,
    - wie sie ihre Kinder mit allen Sinnen spielerisch fördern können
    - die Verbindung von Sprache und Handeln zu schätzen
    - den Wert des Singens und Handelns für die Entwicklung der Kinder
    - voneinander und selbstständig. Sie regen sich gegenseitig an.
    - das deutsche Bildungssystem besser kennen und lernen Schwellenängste zu überwinden

Für die LH Hannover entstehen im Moment für 13 Griffbereitgruppen an denen 76 Mütter, 120-140 Kinder mit Geschwisterkindern in 12 Kindertagesstätten beteiligt sind. Finanzaufwand für die Stadt: **93.000€** pro Jahr, pro Gruppe und Jahr ca. **7.000€.**

Familie und Nachbarschaft (FuN)
Das Kooperationsprojekt FuN ist ein Qualifikationsprojekt für pädagogische Fachkräfte aus Familienbildungseinrichtungen und anderen familienbezogenen Einrichtungen. Teilnehmende erhalten ein Zertifikat, das sie zur Durchführung so genannter Familiengruppen berechtigt. Für diese Familiengruppen, die von jeweils zwei qualifizierten MitarbeiterInnen betreut werden, werden Kurse durchgeführt. Das niedrigschwellige Angebot macht es den beteiligten Eltern und Kindern (zirka acht Familien je Gruppe) möglich, anhand von konkreten Erziehungssituationen gemeinsam Erfahrungen zu sammeln, sich auszutauschen, Kommunikation zu üben, Beratung und Unterstützung für Erziehungssituationen zu bekommen. Die Kurse werden für sozial Benachteiligte und bildungsungewohnte Familien durchgeführt. Bisher konnten 64 Familien erreicht werden. Jährlich nehmen an der Qualifizierung rund 34 Personen teil. Finanzaufwand die Stadt: rund **40.000**€.

HIPPY (Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters)
Das Elterntrainingsprogramm **HIPPY** ist ein Projekt speziell für sozial benachteiligte Familien mit Migrationshintergrund. Unter qualifizierter Anleitung werden Eltern befähigt, ihre vier- bis fünfjährigen Kinder gezielt in ihrer Entwicklung zu fördern. In Gruppen von jeweils zehn bis 12 Teilnehmende bekommen Eltern Wissen über die Entwicklung ihrer Kinder vermittelt und konkrete Fördermöglichkeiten im Alltag aufgezeigt. Es ist ein Projekt der Hilfe zur Selbsthilfe. Über die Gruppenkontakte werden gleichzeitig die Sprachkenntnisse der Eltern verbessert, es entstehen Netzwerke in der Lebenswelt der Eltern. Rund 66 Familien werden mit diesem Programm zurzeit jährlich erreicht. Finanzaufwand für die Stadt: rund **60.000**€.

Umsetzungsstrategie 2: Mittagstische systematisch einbinden

2.1. Problemaufriss

Regelmäßige, ausgewogene und gesunde Mahlzeiten sind nicht für alle Kinder eine Selbstverständlichkeit. Um dieses Grundbedürfnis eines Mittagsangebotes sicher zu stellen, haben insbesondere in Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf Mittagstische bzw. Kindertafeln für Altersgruppe der 6-12-Jährigen entwickelt. Diese Angebote sind in ihrer Wirkungsbreite und Nachhaltigkeit wenig vergleichbar. Eine Einbeziehung der Eltern mit dem Ziel der Entwicklung einer gemeinsamen Verantwortung für ausgewogene und gesunde Mahlzeiten kann nur selten erfolgen. Darüber hinaus hat mit dem Schuljahr 2010/2011 die LHH das Programm der offenen Ganztagsgrundschule gestartet. Dieses Programm verfolgt das Ziel die Chancengerechtigkeit aller Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Situation mit den Angeboten der Ganztagsgrundschule zu fördern. Der innerhalb der Ganztagsgrundschule zu erbringende Kostenbeitrag zum Mittagsessen könnte dieses Ziel behindern, insbesondere wenn in unmittelbarer Nähe zur Ganztagsgrundschule ein Mittagstischangebot eine Alternative bietet.

2.2. Sachstand

In der Stadt Hannover bestehen etwas 30 Mittagstische bzw. regelmäßige Mittagstischangebote durch Initiativen bürgerschaftlichen Engagements. Finanziert werden dieses durch Geld-, Sach- und zum Teil Lebensmittelspenden, Stiftungen oder Patenschaften. Die Mittagstische werden von täglich bis einmal wöchentlich angeboten und häufig durch ein pädagogisches Angebot wie Hausaufgabenhilfe ergänzt. Mit dem Programm offene Ganztagsgrundschule werden ab dem Schuljahr 2010/2011 an acht weiteren Grundschulen ein Essenangebot und Nachmittagsangebote umgesetzt, weitere mindestens zehn Schulen sollen im Schuljahr 2011/2012 folgen.

2.3. Ziel

Das Ziel „Mittagstische systematisch zu verzahnen“ beinhaltet folgende Ziele im Einzelnen:

- Die Entwicklungschancen von Kindern aus einkommensschwachen bzw. „erziehungsarmen“ Familien verbessern, durch frühzeitige Teilhabe der Kinder und Familien an Bildungsprozessen und Einbindung in Stadtteileinrichtungen wie Familienzentren, Spielparks, Kinder- und Jugendtreffs bzw. Stadtteilkultureinrichtungen.
- Auflösen bzw. verhindern von möglicher Segregation durch Einbindung der pädagogischen Mittagstische in die Nachmittagsangebote der Ganztagsgrundschule.
- Sicherstellung eines günstigen Essens- und pädagogischen Angebotes für bedürftige Kinder im Rahmen der Ganztagsgrundschule bzw. als ergänzendes, abgestimmtes und die Eltern mit in die Verantwortung nehmendes Angebot in Verbindung mit den Stadtteileinrichtungen.

2.4. Wege der Zielerreichung

Angestrebt wird, dass sich Mittagstische, die sich in der Nähe einer Ganztagsgrundschule befinden, mit ihrem Angebot in das Angebot der Grundschule integrieren. Der Träger des Mittagstisches wird Kooperationspartner bzw. Angebotspartner der jeweiligen Grundschule. Die eingeworbenen Spenden etc. unterstützen die Möglichkeit von bedürftigen Kindern an einer Essensversorgung an der Grundschule und damit auch die Möglichkeit zur Teilnahme am Nachmittagsangebot. Die Umsetzung dieses Weges wird derzeit in Linden-Süd an der Egestorffschule mit dem Diakonischen Werk Hannover erprobt. Als nächster Schritt erfolgt in diesem Zusammenhang die Prüfung der Einbindung weiterer Mittagstische in zukünftige offene Ganztagsgrundschulen.

Darüber hinaus erfolgt im Rahmen der Neuorganisation der Kinder- und Jugendarbeit und der damit verbundenen Bedarfsermittlung für Kinder- und Jugendangebote in den Stadtteilen eine konzeptionelle Einbindung der Mittagstischangebote in bestehende Stadtteileinrichtungen bzw. -strukturen, mit dem Ziel der Einbeziehung der Eltern in eine gemeinsam verantwortete regelmäßige und gesunde Essensversorgung der Kinder.

2.5. Indikatoren für Zielerreichung

- In der räumlichen Nähe zu Ganztagsschulen befindliche Mittagstischangebote sind in das Ganztagsschulprogramm integriert.
- In Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf besteht z. B. über die Neuorganisation der Kinder- und Jugendarbeit ein abgestimmtes Konzept zur Essensversorgung von Kindern unter Einbeziehung der Eltern.

Umsetzungsstrategie 3: Mittagstische und KSD systematischer verzahnen

3.1. Problemaufriss

Erziehungsarmut und Einkommensarmut gehen in vielen Fällen einher. Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistik zeigen, dass in nahezu 60 % aller Familien, die Hilfe zur Erziehung erhalten, wirtschaftliche Schwierigkeiten bestehen (vgl. DS 698/2010). Kinder, die über einen längeren Zeitraum oder weite Strecken ihrer Kindheit in Armutsverhältnissen aufwachsen, laufen Gefahr, dauerhaft von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu werden, mit möglichen negativen Auswirkungen für ihre weitere Zukunft. In diesem Zusammenhang gewinnt die regelmäßige, gesunde Versorgung der Kinder mit einer warmen Mahlzeit, möglichst in Kombination mit einer pädagogischen Betreuung in Form von Hausaufgabenhilfe, Betreuung bei den Schularbeiten oder Bildungs- und Freizeitangeboten, zunehmend an Bedeutung.

3.2. Sachstand

Diese Form der Sicherung von Grundbedürfnissen in Kombination mit pädagogischer Arbeit, ist eine meist von engagierten BürgerInnen initiierte und ehrenamtlich ausgeübte Tätigkeit. Die aktuelle Bestandserhebung geht von ca. 30 Mittagstischangeboten von unterschiedlichen Trägern und Initiativen in Hannover aus. Es bestehen nur selten Absprachen und Koordination hinsichtlich anzustrebender Standards.

3.3. Ziel

Ziel ist es, zu einheitlichen Absprachen hinsichtlich der Wahrnehmung und der Reaktion auf „vernachlässigte Kinder“ mit MitarbeiterInnen der Mittagstische zu kommen. In den Fällen, in denen eine negative Entwicklung von Kindern deutlich wird oder sich abzeichnet, soll durch die systematische Verzahnung der Mittagstische mit dem Kommunalen Sozialdienst frühzeitiger reagiert und entsprechende Hilfen initiiert werden. Die MitarbeiterInnen der Mittagstische begreifen sich auch als Schlüsselinstitution und Schlüsselperson für soziale Problemlagen von Kindern im Sozialraum.

Inwieweit die im Zuge der SGB-II-Reformen aktuell geführte Bundesdiskussion um die Einführung der so genannten Bildungsgutscheine Auswirkungen auf die Mittagsverpflegung in Schulen haben wird, bleibt abzuwarten und wird ggf. entsprechende Modifikationen nach sich ziehen.

3.4. Wege der Zielerreichung

Aktuell wird ein Konzept zu Fragen und zum Erkennen von Kindeswohlgefährdung durch den Kommunalen Sozialdienst entwickelt. Der Kommunalen Sozialdienst erstellt derzeit ein Konzept mit dem Arbeitstitel: „Armutsrisiken und ihre möglichen Folgewirkungen auf Kinder. Zur Zusammenarbeit der Jugendhilfe mit den Initiativen von Mittagstischen“. Im Nachgang und zur Kommunikation dieses Konzepts wird der Kommunale Sozialdienst die Initiativen in den jeweiligen Stadtbezirk mindestens einmal im Jahr zu Koordinationsgesprächen einladen.

Nächste Schritte:

- Fertigstellung des Konzepts
- Einladung der Mittagstische auf Stadtbezirksebene durch den Kommunalen Sozialdienst
- Die Bestandsaufnahme wird nach bestimmten Kriterien aktualisiert
- Festlegung von Standards z.B. im Umgang mit Kindeswohlgefährdung
- Absprachen für den Einzelfall

3.5. Indikatoren für Zielerreichung

- Der überwiegende Teil der Mittagstischinitiativen (etwa 75 %) gehen mit dem Kommunalen Sozialdienst eine Zusammenarbeit ein.
- Es sind Standards festgelegt worden
- Die Zusammenarbeit ist intensiviert.

Umsetzungsstrategie 4: Angebotsstruktur im Bereich Elternbildung weiter entwickeln

4.1. Problemaufriss

In Hannover gibt es eine Fülle von Angeboten zur Elternbildung. Die Landschaft ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Anbietern von kommerziellen über kirchliche Träger, freie Träger der Wohlfahrtspflege bis hin zu städtischen Angeboten. Um Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern ist die Stärkung elterlicher Erziehungskompetenz ein unverzichtbares Element.
Handlungsbedarf ergibt sich aus folgenden Gesichtspunkten:

- Eine umfassende Transparenz der Angebote von Trägern und der LHH fehlt.
- Es liegen keine einheitlichen Qualitätsmerkmale für die Arbeit vor.
- Passende Zugangskonzepte und angemessene Angebote für unterschiedliche Zielgruppen sind ausbauwürdig.
- Die Vielfalt der Angebotsstruktur ist für Eltern nicht überschaubar.
- Der fachliche Austausch aller Anbieter sowie eine Vernetzung sind ausbaufähig.

Starke bildungsbewusste Eltern sind auch ein Garant für mehr Bildungsgerechtigkeit und höhere Bildungschancen ihrer Kinder.

4.2. Das Projekt „Koordination Elternbildung“ hat zum Ziel

- Das breitgefächerte vorhandene Angebot Elternbildung zu sichten und konzeptionell weiter zu entwickeln
- Angebote zu analysieren und eine Angebotsübersicht zu erstellen
- Bedarfe und Zugangsmöglichkeiten zu überprüfen
- Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken durch passende Zugangskonzepte und angemessene Angebote für bestimmte Zielgruppen, wie Familien mit Kindern unter 3 Jahren, Vätern, allein Erziehende und Familien mit Migrationshintergrund
- fachlichen Austausch aller Anbieter von Elternbildung- und Beratung sowie deren sozialräumliche Vernetzung zu stärken
- Orte verstärkt für Elternbildung zu nutzen, an denen Eltern erreicht werden
- Die Vielfalt der Angebote für Eltern transparent und überschaubar zu machen.

4.3. Sachstand

Das Rahmenkonzept „Koordination Elternbildung“ wurde 2008 vorgelegt (vgl. 1557/2008). Die Elternbildungskonferenzen, welche seither in vier Stadtgebieten mit besonderem sozialen Handlungsbedarf (Vahrenheide-Ost, Mittelfeld, Hainholz, Stöcken) durchgeführt und durch zahlreiche ExpertInnen- und Elterninterviews ergänzt wurden, erbrachten jeweils folgende Ergebnisse:

- Übersichten der Elternbildungsangebote in den Stadtteilen, die in Form von Stadtteilplänen für Mütter und Väter allen Interessierten zugänglich gemacht werden
- eine Stärken- Schwächenanalyse der Angebote
- die Weiterentwicklung der örtlichen Netzwerk- und Kooperationsstrukturen

Zusammengefasst lassen sich folgende Stärken und Entwicklungsbedarfe in den Stadtteilen formulieren:

A Stärken

Von den verschiedensten Fach- und Aufgabengebieten wie Jugendhilfe, Schule, Gesundheitswesen, Gemeinwesenarbeit, Bildungseinrichtungen, Arbeitsförderung usf. wird eine breite Angebotspalette der Eltern- und Familienbildung vorgehalten und durch viele engagierte ehrenamtliche, semiprofessionelle und professionelle Akteure betreut. Es besteht eine gute Versorgung durch Programme v.a. für Mütter mit Migrationshintergrund und Familien die Angebote der Kindertagesbetreuung nutzen.

B Bedarfe

Um weitere Zugänge zu bestehenden Angebote zu erleichtern, fehlen wohnortnahe, zentrale und persönliche Anlaufstellen. Folgende zielgruppenspezifisch ausgerichtete Angebote und Angebotsstrukturen werden bisher nicht, oder nicht in ausreichendem Masse vorgehalten:

- (entlastende Angebote) für allein erziehende Eltern,/ mit Kinderbetreuung / am Abend, am Wochenende
- Angebote für Eltern mit Kindern ohne Betreuungsplatz (v.a. unter 3 Jahren und/ oder mit Migrationshintergrund)
- Angebote für Väter im Stadtteil und für Väter mit Migrationshintergrund,
- Elternnetzwerke und niederschwellige offene situationsorientierte Angebote die alltagstaugliche familienanaloge Situationen aufgreifen und Selbstbildungsprozesse initiieren
- Eine gezielte Koordination und Verknüpfung der Angebote im Sozialraum und eine Übersicht der Angebote im und über den Sozialraum hinaus
- Die Gezielte Weiterentwicklung fachlicher Konzepte und der Kooperation, sowie die Entwicklung von Erfolgs- und Qualitätskriterien
- eine Integration der seit Anfang 2010 in vier Pilotbezirken durchgeführten Begrüßungsbesuche in das bestehende Angebotssystem ist wünschenswert

4.4. Wege der Zielerreichung

Auf Grund der bisherigen Erkenntnisse wird empfohlen, in drei Handlungsfeldern Elternbildung in der Landeshauptstadt Hannover fortzuführen und weiter zu entwickeln.

Handlungsfeld 1

Weiterentwicklung und Ausweitung von Maßnahmen und Angeboten für Zielgruppen, die bisher weitgehend nicht erreicht wurden, insbesondere für Väter mit und ohne Migrationshintergrund, Eltern mit Kindern unter 3 Jahren, allein Erziehende, Mütter und Väter deren Kinder nicht in Betreuung sind.

Handlungsfeld 2

Stärkung von zentralen Anlaufstellen und Beteiligungsorten für alle Mütter und Väter an bestehenden Einrichtungen, wie Kultureinrichtungen, Familienzentren, Spielparks, Kindertagesstätten und Schulen.

Handlungsfeld 3

Um Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Elternbildung weiter zu stärken, sollte das Engagement im Bereich Elternbildung und Beratung in den bisherigen Gebieten fortgeführt bzw. auf weitere Gebiete mit besonderem sozialen Handlungsbedarf übertragen werden.

4.5 Indikatoren der Zielerreichung

- Weiterentwicklung von Zugangskonzepten und Qualitätskriterien für Elternbildungsangebote, mit definierten Standards
- Koordination und Steuerung der Angebotspalette, Vermeidung von Doppelstrukturen
- Offene, sozialraumorientierte Treffpunkte für Eltern mit breiten Partizipationsmöglichkeiten
- Kooperation mit semiprofessionellen Kräften (Stadtteilmütter, Bildungslotsen etc.), die vor Ort präsent sind, als Ansprechpersonen für Eltern
- Angebote für Väter mit und ohne Migrationshintergrund, Eltern mit Kindern unter 3 Jahren, allein Erziehende, Mütter und Väter deren Kinder nicht in Betreuung sind.

Umsetzungsstrategie 5: Überschuldung verhindern

5.1. Problemaufriss

Überschuldung kann für die Betroffenen nicht nur finanzielle, sondern auch psychische und soziale Belastung bedeuten; dies gilt insbesondere dann, wenn Kinder im Haushalt mitbetroffen sind und Teilhabemöglichkeiten in vielen Lebensbereichen eingeschränkt sind. Die Vermeidung von Überschuldung ist daher ein erklärtes Ziel und wichtiger, präventiver Baustein der Schuldnerberatung.

Die Statistik der städtischen Schuldnerberatungsstelle des Fachbereichs Soziales der Landeshauptstadt Hannover zeigt, dass es sich bei den Ratsuchenden vergleichsweise oft um Haushalte in einer prekären Erwerbs- und Bildungssituation und / oder einer schwierigen Einkommenslage handelt.

Von den im Jahr 2009 beratenen Personen waren 46 % arbeitslos und weitere 20 % ebenfalls nicht erwerbstätig (z.B. RentnerInnen, Eltern in Elternzeit etc.). Über die Hälfte der Ratsuchenden bezog Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. 44 % erhielten Leistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II), 6 % Sozialhilfe gemäß SGB XII, 9 % Arbeitslosengeld I, Wohngeld oder 57 % verfügten über ein Einkommen, das unterhalb von 1.000 Euro lag. 37 % hatten keine abgeschlossene Berufsausbildung. 48 % der Personen sind allein lebend und es sind keine Kinder oder Jugendlichen im Haushalt mitbetroffen. Etwa 15 % der Personen sind alleinerziehend. Hauptauslöser für die Verschuldung waren neben Arbeitslosigkeit (23 %) eine so genannte „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ (23 %), gefolgt von Tod /Trennung oder Scheidung des Partners (15 %) oder Erkrankung (12 %).

5.2. Sachstand: Aktuelle Entwicklungen und laufende Maßnahmen in der Schuldnerberatung und Schuldenprävention

Schuldnerberatung zielt als Maßnahme der Sekundärprävention auf Menschen, die bereits ver- oder überschuldet sind. Seit der Zusammenlegung von Sozialhilfe und ALG finden 45 % der Beratungen als flankierende Maßnahme nach §16 Abs. 2, Nr. 2 SGB II statt. Das bedeutet, dass diese Ratsuchenden infolge des neuen Instruments der Zuweisung durch die Jobcenter die Schulderberatung aufsuchen. Schuldnerberatung sieht sich damit zunehmend einer sich verändernden Zielgruppe gegenübergestellt, die seltener erwerbstätig ist, seltener über ein Erwerbseinkommen verfügt und die häufiger gering qualifiziert ist, aber trotzdem über eine längere Zeit oder dauerhaft mit dem geringen Einkommen „auskommen“ muss.

Schuldenprävention ist eine Maßnahme der Primärprävention, die Jugendliche erreichen soll, bevor sie Schulden verursachen oder solange die Schulden noch nicht sehr hoch sind.
Sie setzte bisher in Schlüsselinstitutionen wie Hauptschulen, Jugendeinrichtungen oder dem Jobcenter U25 an und erreicht prioritäre Zielgruppen, die im Rahmen der Prävention von Kinder- und Jugendarmut erreicht werden sollen: SchülerInnen, Jugendliche im Übergang Schule und Beruf, arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene.

Im Zeitraum von Juli 2008 bis Juni 2010 wurden 17 Veranstaltungen in Schulen und 26 Termine in Trägermaßnahmen junger Arbeitsloser unter 25 Jahre durchgeführt. Angeboten werden 6 Module zum Thema Handy, eigene Wohnung, Geschäftsfähigkeit, Führerschein, Konsum und erste Erfahrungen mit Schulden. Jedes Modul umfasst immer auch die Erstellung und Besprechung eines Haushaltsplanes.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Schuldenprävention ist nach wie vor eine zentrale Maßnahme der finanziellen Kompetenzbildung. Maßnahmen der Schuldenprävention werden allerdings von den betreffenden Institutionen häufig nicht in dem Umfang abgefragt, wie sie angeboten werden. Die

Schuldnerberatungsstelle als Anbietende dieser Präventionsprojekte muss folglich immer initiativ bleiben.

5.3. Ziel

Weiterentwicklung der Schuldnerberatung als Maßnahme sekundärer Prävention.

Eine Schuldenregulierung ist immer dann eine besondere Herausforderung, wenn vom Ratsuchenden nur geringe (finanzielle) Eigenleistungen erwartet werden kann. Eine der prioritären Zielgruppen im Rahmen der Schuldnerberatung sind daher Haushalte, in denen Kinder leben, insbesondere alleinerziehende Mütter. Ziel ist es, gerade bei begrenzten finanziellen Mitteln positiv und nachhaltig auf die haushälterische Finanzkompetenz einzuwirken und den möglichen Kreislauf eines negativen elterlichen Vorbilds zu durchbrechen. Beratungsziel ist es, dass die Ratsuchenden befähigt werden, ihre Ausgaben(wünsche) nachhaltig den Einkommen und also der Realität anpassen. Davon profitieren letztendlich die Kinder im Haushalt.

Weiterentwicklung der Schuldenprävention als Maßnahme primärer Prävention

Schuldenprävention ist eine Schlüsselmaßnahme im Rahmen des Hannoverschen Wegs für Perspektiven von Kindern in Armut und eine primärpräventive Maßnahme. Primäre Prävention will über die Entstehung von Risiken im Umgang mit (wenig) Geld informieren. Insbesondere junge Erwachsene mit knappem Budget, die erstmals eigenverantwortlich haushalten müssen, sind häufig unerfahren und überfordert. Diese jungen Menschen zwischen 18 und 25 befinden sich biografisch an der Schnittstelle zwischen Volljährigkeit, Geschäftsfähigkeit, erster eigener Wohnung und erstem, eigenen Einkommen. Ziel ist die Sensibilisierung dieser Gruppe für den Umgang mit Geld unter Berücksichtigung ihrer individuellen Wünsche und Bedürfnisse. Erreicht werden soll eine verantwortungsvolle Planung mit dem eigenem Einkommen.

5.4. Wege der Zielerreichung

Schuldenprävention bleibt weiterhin und bisherigem Umfang eine Maßnahme der Schuldnerberatung, dabei wird eine Zielgruppenerweiterung durch Einbeziehung ergänzender Schlüsselinstitutionen angestrebt.

Zielgruppenerweiterung:

Das Angebot soll auch auf die verbleibenden Hauptschulen ausgeweitet werden (Prioritäre Zielgruppe: HauptschülerInnen, Schlüsselinstitution: Hauptschule). Die Präventionsangebote werden zu zweit aus einem ReferentInnenpool von erfahrenen SchuldnerberaterInnen und SpezialistInnen (GerichtsvollzieherInnen, Verbraucherzentrale, InsolvenzrichterInnen) durchgeführt. Die Schuldnerberatung der Stadt Hannover koordiniert das Präventionsprojekt „Junge Menschen - erste Schulden“. Ferner prüft die Verwaltung, inwieweit das Thema Schuldenprävention auch verstärkt im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit platziert werden könnte, um bisher nicht erreichte Zielgruppen einzubeziehen.

Einbezug weiterer Schlüsselinstitutionen:

Berufsbildende Schulen (BBS) erweisen sich für diese Zielgruppe als Schlüsselinstitutionen und wichtige Partner der Schuldenprävention. In Ergänzung zu den bisherigen Maßnahmen in Schulen und in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter U 25 erfolgt eine Fokussierung auf die Berufsbildenden Schulen.

Umsetzungsstrategie:

Seit Anfang des Jahres 2010 wird systematisch versucht, allen 17 Berufsbildenden Schulen (BBS) das Angebot der Schuldenprävention persönlich vorzustellen. Vorgehensweise ist die direkte Kontaktaufnahme und persönliche Ansprache der MultiplikatorInnen. In diesem Jahr haben bereits mehrere Veranstaltungen an BBS stattgefunden. Bei einigen BBS soll ab dem Schuljahr 2010/2011 die Schuldenprävention voraussichtlich fester Bestandteil im Schulprogramm werden.

6. Zusammenfassung der Umsetzungsstrategie nach Handlungsfeld, Problemaufriss und Handlungsziel				
Umsetzungs-strategie	**Handlungsfeld im Hannoverschen Weg**	**Nachzulesen DS (0771/2010)**	**Problemaufriss**	**Handlungsziel**
1	**Handlungsfeld 5: Kinder früh fördern**	S. 31 + 33	Migrantenkinder sind überproportional von Armut betroffen, aber unterdurchschnittlich in Krippen vertreten.	**Migrantenkinder früher erreichen** Weil Krippen Schlüsselinstitutionen frühkindlicher Bildung sind, über die zudem systematisch auch Eltern erreicht werden können, ist es das Ziel, Kinder mit Migrationshintergrund systematischer und frühzeitiger über Angebote institutioneller und alternativer Betreuungs- und Bildungsangebote zu erreichen.
2	**Handlungsfeld 2: Grundbedürfnisse sichern**	S. 21-23	Mittägliche Essensversorgung für Kinder im Grundschulalter findet an unterschiedlichen Orten statt, erreicht aber nicht systematisch, sondern nur punktuell Kinder in Armut.	**Mittagstische systematisch einbinden** Die pädagogischen Mittagstische sollen systematischer in das Ganztagsgrundschulprogramm eingebunden werden.
3	**Handlungsfeld 9: Krisen bewältigen** **+** **Handlungsfeld 2: Grundbedürfnisse sichern**	S. 46 ff. und S. 21-23	Kindern, die über einen längeren Zeitraum in Armutsverhältnissen aufwachsen, steht häufig kein ausreichendes oder nur ungesundes Essen zur Verfügung. Einigen Kindern fehlt Unterstützung durch ihre Elternhäuser für die Schule oder für eine altersgemäße Freizeitgestaltung.	**Mittagstische und KSD systematischer verzahnen** Ziel ist es, dass die MitarbeiterInnen von Mittagtischen und des KSD informiert sind über die jeweiligen Hilfs- und Unterstützungsangebote. Die Eltern werden in ihrer Verantwortung gestärkt und bei Fragen und Problemen zur weiteren Entwicklung ihrer Kinder unterstützt. Teilhabechancen sind eröffnet. Krisensituationen sollen so frühzeitiger erkannt und Hilfen präventiv eingesetzt werden.
4	**Handlungsfeld 4: Elternbildung**	Kap. 4.4. allgemein + S. 29, 30 im Speziellen	Hannover verfügt über eine ausdifferenzierte und breite Angebotspalette der Elternbildung, erreicht aber nicht alle Eltern gleichermaßen. Weniger erreicht werden: • Eltern von Kindern bis 3 Jahre, • allein Erziehende • Väter • Familien mit Migrationshintergrund • Familien in benachteiligten Lebenslagen	**Angebotsstruktur im Bereich Elternbildung weiter entwickeln** Die Angebotsstruktur soll unter Beteiligung der im Sozialraum aktiven Einrichtungen und Personen weiterentwickelt werden mit dem Ziel, solche Familien besser zu erreichen, die bisher von diesen Angeboten weniger angesprochen wurden.
5	**Handlungsfeld 2: Grundbedürfnisse sichern**	S. 17	Überschuldung kann für die Betroffenen nicht nur finanzielle, sondern auch psychische und soziale Belastung bedeuten; dies gilt insbesondere dann, wenn Kinder mitbetroffen sind. Die Vermeidung von Überschuldung ist daher ein erklärtes Ziel und wichtiger, präventiver Baustein der Schuldnerberatung.	**Überschuldung vermeiden** Insbesondere junge Erwachsene mit knappem Budget, die erstmals eigenverantwortlich haushalten müssen, sind häufig unerfahren und überfordert. Ziel ist es, diese Jugendlichen systematischer und vermehrt unter Einbeziehung von Schlüsselinstitutionen mit den Maßnahmen der Primärprävention zu erreichen.